

Antrag 308/II/2024

Svenja Diedrich, Ute Finckh-Krämer, Georg Heyn, Maja Lasi, Peter Maaß, Martin Matz, Marius Müller-Hennig, Kian Niromaand, Michael Reschke, Fabian Schmitz-Grethlein, Ben Schneider, Mathias Schulz, Ingo Siebert, Sinem Taan-Funke, Linda Vierecke, Kubilay Yalçın

Der Landesparteitag möge beschließen:

**Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)**

Grundlagen für eine ambitionierte und kohärente sozialdemokratische Finanzpolitik für Berlin legen

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu
- 3 Haushaltsnotlageerklärungen und Sondervermögen
- 4 sowie der dramatische Bruch der Bundesregierung im
- 5 Streit um den Haushalt 2025 haben die Bedeutung eines
- 6 handlungsfähigen Staates und die Haushaltspolitik zu
- 7 einem zentralen Themenfeld der Politik in Deutschland
- 8 gemacht.
- 9
- 10 Gerade in Zeiten einer notwendigen sozial-ökologischen
- 11 Transformation und gravierender sozial-, sicherheits-,
- 12 gesellschafts- wie auch wirtschaftspolitischer Herausfor-
- 13 derungen, setzen wir uns als Sozialdemokratie eindeutig
- 14 für einen aktiven und handlungsfähigen Staat ein, der im
- 15 Sinne der Bürger*innen Investitionen in die Zukunft tä-
- 16 tigt und soziale Sicherheit garantiert. Wir kämpfen für ei-
- 17 ne ambitionierte und kohärente Finanzpolitik, die die Last
- 18 auf den Schultern der finanziell Schwächeren nicht noch
- 19 weiter vergrößert, sondern diese reduziert.
- 20 Die SPD positioniert sich damit auch klar gegen die poli-
- 21 tischen Kräfte in unserem Land, die trotz der beschriebe-
- 22 nen Herausforderungen eine gerechtere Beteiligung gro-
- 23 ßer Einkommen und Vermögen ablehnen. Jenen, die an
- 24 der derzeit geltenden sehr strikten Schuldenbremse fest-
- 25 halten. Jenen, die damit die Handlungsfähigkeit von Staat
- 26 und Gesellschaft vorsätzlich beschneiden. Diese politi-
- 27 schen Kräfte verschließen die Augen vor der Realität vie-
- 28 ler Menschen in Berlin und in ganz Deutschland, die auf
- 29 eine funktionsfähige Infrastruktur sowie wirtschaftliche
- 30 und soziale Sicherheit angewiesen sind. Wer die Schul-
- 31 denbremse aufrecht erhält, spart nicht für die kommen-
- 32 den Generationen, sondern an ihnen. Und damit auch an
- 33 der Zukunft Berlins.
- 34 Nur eine Finanz- und Haushaltspolitik, die sich an den Ber-
- 35 liner*innen und ihren Bedarfen orientiert, kann Vertrauen
- 36 in die Handlungsfähigkeit des Staates sichern – und dort
- 37 wiederherstellen, wo es in der Vergangenheit verloren ge-
- 38 gangen ist. In dieser Ausgangslage muss es zu grundsätzli-
- 39 chen Festlegungen für eine Finanzpolitik auch auf Landes-
- 40 ebene kommen, die Zukunftsinvestitionen angeht und da-
- 41 für die nötigen Mittel zur Verfügung stellt, ohne zukünf-
- 42 tige haushaltspolitische Spielräume zu stark durch Darle-
- 43 henslasten zu verengen.
- 44 Hierzu braucht es:

- 45 1. Eine Erhöhung der Einnahmen zur Stärkung der Ver-
 46 waltung und Absicherung von Transfers und Leis-
 47 tungen im Land und den Bezirken
- 48 2. Die Realisierung neuer Instrumente zur Finanzie-
 49 rung von Investitionen im großen Umfang
- 50 3. Die Einsetzung eines Sondervermögens Klima auf
 51 Darlehensbasis
- 52 4. Die Erarbeitung eines finanzpolitischen Konzeptes
 53 für das Land Berlin

54

55 1. Einnahmen erhöhen!

56 Zur zielgerichteten Haushaltssanierung gehört die signi-
 57 fikante Erhöhung der Einnahmen, mit der der Druck auf
 58 die Ausgabenseite verringert werden kann. Daher fordern
 59 wir die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordne-
 60 tenhauses von Berlin und des Berliner Senats auf, sich ein-
 61 zusetzen für:

- 62 • die Einführung der Grundsteuer C für baureife
 63 Grundstücke,
- 64 • die Einführung einer Verpackungsteuer, die vor al-
 65 lem eine Lenkungswirkung zur Abfallvermeidung
 66 erzielen soll,
- 67 • die Anhebung der Vergnügungssteuer von 20 auf 30
 68 Prozent,
- 69 • die Anhebung der Grunderwerbsteuer von 6 auf 7
 70 Prozent des Kaufpreises,
- 71 • die Anhebung der Zweitwohnungsteuer von 15 auf
 72 25 Prozent,
- 73 • eine Anhebung der Preise der Anwohnerparkvignet-
 74 ten von gut 10 Euro im Jahr auf mindestens 10 Euro
 75 im Monat, was verglichen mit dem Durchschnitt an-
 76 derer Großstädte immer noch günstig ist,
- 77 • eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungszo-
 78 nen,
- 79 • die Einnahmen und Ausgaben der Bußgeldstelle in
 80 einem gesonderten Wirtschaftsplan zu führen, in
 81 dem durch Optimierung der Prozesse ein signifikanter
 82 Überschuss erzielt wird.

83

84 Damit können Mehreinnahmen von über 250 Mio. Euro in-
 85 klusive der bereits vorgesehenen Erhöhung der Übernacht-
 86 ungsteuer erzielt werden und damit noch deutlich mehr
 87 als im Konsolidierungskonzept des Koalitionsausschus-
 88 ses. Von den weiteren Mehreinnahmen könnten auch
 89 einige der bisher vorgesehenen Kürzungen abgewendet
 90 werden.

91 Zur weiteren Einnahmenerhöhung streben wir außerdem
 92 eine bundesweite Regelung zur Kostenerstattung der Po-
 93 lizeieinsätze bei Hochrisikospiele der Profifußballligen
 94 an.

95

96 2. Investitionen in die Zukunft jetzt ermöglichen - auch für 97 die Bezirke!

98 Die Spielräume im Haushalt des Landes Berlin werden für
99 einige Jahre sehr begrenzt bleiben. Investitionen in die
100 Struktur unserer Stadt wollen und können jedoch nicht
101 auf sich warten lassen. Deshalb fordern wir die sozial-
102 demokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses von
103 Berlin und des Berliner Senats auf weitere Bau- und Sa-
104 nierungsoffensiven in unserer Stadt zu ermöglichen, auch
105 über die bestehende Investitionsplanung des Landes hin-
106 aus. Die Finanzierung soll dabei in Analogie zu der er-
107 folgreichen Schulbauoffensive erfolgen, um die zusätzli-
108 chen Bedarfe, z.B. beim Hochschulbau, abzubilden. Die
109 Kredite dürften dabei ausschließlich von landeseigenen
110 Unternehmen in Anspruch genommen werden im Sin-
111 ne einer öffentlich-öffentlichen Partnerschaft (ÖÖP). Ei-
112 ne öffentlich-private-Partnerschaft (ÖPP) in den Bereichen
113 der Daseinsvorsorge lehnen wir hingegen weiterhin strikt
114 ab. Der Rahmen der zusätzlichen Kredite muss dabei sorg-
115 fältig erwogen werden, um zukünftige Haushalte nicht
116 unverhältnismäßig zu belasten.
117 Unsere zweistufige Verwaltung begegnet sich dabei auf
118 Augenhöhe. Deshalb muss auch bei Krediten die Regel gel-
119 ten: Was für das Land gilt, gilt gleichermaßen für die Be-
120 zirke. Wenn ein Bezirk eine Investition in die Infrastruktur
121 über ein ÖÖP umsetzen will, soll ihm dieser Weg eröffnet
122 werden.

123

124 **3. Ein Sondervermögen Klima endlich umsetzen!**

125 Wir begrüßen es grundsätzlich, dass es den Plan gab, ein
126 Klima-Sondervermögen einzuführen, um diese dringend
127 notwendigen Investitionen trotz des engen Korsetts der
128 derzeitigen Schuldenbremse möglich zu machen. Al-
129 lerdings ist dieses von der Koalition versprochene Sonder-
130 vermögen auf Basis von Zuschüssen bisher nicht rechtssi-
131 cher möglich geworden, unter anderem da es voraussicht-
132 lich das Prinzip der „Jährigkeit“ verletzen könnte, wel-
133 ches gerade bei energetischer Sanierung kostensteigernd
134 wirkt. Von Seiten der CDU kommt nun der Vorschlag, lan-
135 deseigene Unternehmen gemeinsam mit privaten Inves-
136 tor*innen für die notwendigen Kosten aufkommen zu las-
137 sen. Für uns ist aber klar: Dringend notwendige Investitio-
138 nen für Klimaanpassung und -resilienz dürfen nicht vom
139 Wohlwollen privater Investor*innen abhängen!
140 Stattdessen müssen dringend Möglichkeiten geschaffen
141 werden, die geplanten Investitionen trotz der bisherigen
142 Absage an das zuschussbasierte Sondervermögen rechts-
143 sicher zu ermöglichen. Solange die Schuldenbremse in ih-
144 rer heutigen Form besteht, muss das Sondervermögen so
145 ausgestaltet werden, dass es auf Basis von Darlehen statt
146 Zuschüssen funktioniert. Ein solches Programm ist verein-
147 bar mit der Schuldenbremse, weil es Rückzahlungen der
148 Förderempfänger*innen geben wird. Wir fordern die so-
149 zialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses
150 von Berlin und des Berliner Senats auf, sich für die unver-

151 zügliche Einrichtung eines solchen Sondervermögens ein-
152 zusetzen. Damit Berlin noch vor 2045 klimaneutral wer-
153 den kann!

154

155 **4. Finanzpolitisches Konzept für Berlin erarbeiten!**

156 Über die aktuellen Entscheidungen für den Haushalt hin-
157 aus, brauchen wir einen klaren Kompass für eine sozialde-
158 mokratische Finanzpolitik, die den Menschen Sicherheit
159 im Wandel bietet und Weichenstellungen für Berlins Zu-
160 kunft ermöglicht.

161 Zu diesem Zweck entwickeln wir im kommenden Jahr ein
162 finanzpolitisches Konzept für das Wahlprogramm 2026.
163 Dieses Konzept soll beschreiben, wie die Einnahmehasis
164 des Landes Berlin verbessert und die Finanzierung von Zu-
165 kunftsinvestitionen sichergestellt werden kann, um auch
166 die mit der Vision Berlin 2035 verbundenen Programme
167 und Projekte nachhaltig umsetzen zu können.

168 Das Konzept muss:

- 169 • an den Bedarfen eines leistungsfähigen Staats und
170 einer starken Zivilgesellschaft ausgerichtet sein,
- 171 • soziale Gerechtigkeit und Umverteilung mit Nach-
172 druck befördern und
- 173 • transformative Investitionen in die sozial-
174 ökologische Transformation im großen Stil er-
175 möglichen.

176 Dabei dürfen wir auch nicht vor grundlegenden Struktur-
177 fragen zur Finanzverfassung von Bund und Ländern zu-
178 rückschrecken und sollten bewusst auch innovative An-
179 sätze zur Weiterentwicklung der Finanzpolitik berücksich-
180 tigen.